

Russland und die Europäische Union

Integrationstheoretische Arbeitshypothesen

— Forschungsbericht, 17. Mai 1994 —

JENS FISCHER, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Das Verhältnis von Russland (als Rechtsnachfolgestaat der Sowjetunion) zur Europäischen Union (als Fortschreibeamplum der Europäischen Gemeinschaften) lässt sich auf der Basis integrationstheoretischer Konzepte politikwissenschaftlich aussagekräftig fassen.

Nachfolgend werden historizistische, föderalistische, funktionalistische, system- sowie identitätstheoretische Grundgedanken referiert und in Form von Arbeitshypothesen auf das ambivalente Verhältnis zwischen Russland und Europäischer Union angewandt.

Integrationstheoretische Konzeptionen

Das historizistische Paradigma

- Der Geschichtsprozess ist als dialektisch zu begreifen. Geschichte ist final mit der kommunistischen Weltgesellschaft als Endpunkt der Stufenfolge klassenkämpferischer Auseinandersetzung.
- Die Antagonismen der Weltpolitik spalten in einen reaktionären, kapitalistischen Block sowie einen aktionären, progressiven, sozialistischen Block.
- Integration kann gemäß den LENINSCHEN Prinzipien über den revolutionären Prozess als zwanghaft interpretiert werden.
- Auf der reaktionären Seite zwingt die Macht der Kapitalisten Staaten in eine Gemeinschaft zur Verteidigung der Interessen der Produktionsmittel-eigner. Auf der progressiven Seite sorgt die sozialistische Avantgarde — real existierend die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, deren Name Programm für die Integration von Völkern ist — für Zusammenhalt und Orientierung der Bevölkerungen in den sozialistischen Staaten auf dem Weg in die kommunistische Gesellschaft.
- Mit der Beseitigung der Ausbeutung von Menschen durch Menschen ist auch der Krieg als Mittel der Politik überwunden. Alle Völker der Erde sind in die Weltgesellschaft integriert — die weltpolitische Synthese ist gelungen.

Das föderalistische Paradigma

- Integration basiert auf den Prinzipien Dezentralität und Freiwilligkeit.
- Der westeuropäische Integrationsprozess schreitet in dem Maße fort, in welchem die nationalen Subeinheiten der Europäischen Union einzelne Aufgaben nicht mehr selber zu bewältigen vermögen.
- Aufgaben und Zuständigkeiten werden gemäß Subsidiaritätsgrundsatz an die nächsthöhere Aggregatgemeinschaft abgetreten.
- Die Integration der Staaten in Osteuropa ist mit dem föderalistischen Instrumentarium nicht zu fassen.
- Beim Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe handelt(e) es sich um ein von der Sowjetunion dominiertes Gebilde. Trotz der Konsultationen auf Regierungsebene fehlt(e) eine Verwirklichung von Dezentralität und Freiwilligkeit.
- Das Subsidiaritätsprinzip war den — reklamierten — Führungsinteressen der UdSSR untergeordnet.

Das funktionalistische Paradigma

- Die westeuropäische Integration ist das Produkt von Spillover-Wirkkräften, die nationale Trennmauern erodieren.
- Spillover-Wirkungen ergeben sich sowohl aus Beziehungsgeflechten zwischen Bevölkerungen auf Nicht-Regierungsebene sowie über simultan auf nationaler und zentraler Ebene agierende regionale Interessenverbände.
- Integrationstheorie beschäftigt sich mit in Entscheidungsfindungsprozesse einbezogenen Politikbereichen und angewandten Politikmodi.
- In einer Transaktionsdimension wird der Integrationsgrad einer Staatengemeinschaft beurteilt anhand von Interdependenzen und Verflechtungen auf der Basis von Transaktionsströmen.

Das systemtheoretische Paradigma

- Auf dem Niveau kumulativer Systeme steht Integration bezüglich Westeuropa — neben Adaption, Zielerreichung und Strukturhaltung — strukturfunktional im Dienste einer Effizienzsteigerung des Aggregates gegenüber den Systemelementen.
- Die Europäische Union ist als Zweckbündnis zu betrachten. Die Integration zusätzlicher Elemente muss mit einer Funktionssteigerung der Gemeinschaft verbunden sein — vor dem Hintergrund dieses Postulates ist die Auseinandersetzung um eine Erweiterung und Vertiefung der Union sowie die Geschwindigkeit der Integration zu führen.
- Auf dem Niveau ganzheitlicher Systeme wären von der Europäischen Union Identität, Grenzziehung, Sinn, Emergenz, Selbstreferenzialität und Irreversibilität zu fordern.
- Emergente Eigenschaften haben sich im Prozess der europäischen Integration kaum ausgebildet — und waren gemäß Subsidiaritätsprimat als Gefährdungen nationaler Souveränitäten auch nicht intendiert.
- Der Integrationsprozess erscheint weiterhin reversibel — je deutlicher die Tagespolitik zu europäischen Anstrengungen mahnt, desto drängender müssen die Defizite des Systems *Europäische Union* bezüglich seiner zentralen Charakteristika angesprochen werden.

Das identitätstheoretische Paradigma als vermittelnder Ansatz

Die in der politikwissenschaftlichen Literatur ziemlich unverbunden nebeneinander stehenden Theorieansätze lassen sich unter der Verwendung des Konstruktes *Politische Identität* integrieren.

Das identitätstheoretische Paradigma

- Die politische Identität einer politischen Gruppe ist eine Funktion aus Eigenkonsistenz und Fremdbegrenzung $PI = f(EK \& FA)$
- Föderalismus und Funktionalismus sind zwei Ansätze zur Herstellung von Eigenkonsistenz der politischen Gruppe. Eigenkonsistenz lässt sich aber auch verwirklichen über Ideologie und Zwang im Sinne eines artikulierten Führungsanspruches einer Avantgarde auf der Basis des Paradigmas des historischen und dialektischen Materialismus.

- Im systemtheoretischen Sinne ist Identität das Steuerungsziel, in dessen Dienst die Systemfunktionen Adaption, Zielerreichung, Integration und Strukturhaltung stehen.
- In ganzheitlicher Vorstellung lässt sich Sinn als Komponente von Eigenkonsistenz begreifen, während die Ziehung einer flexiblen Grenze auf die Komponente der Fremdbegrenzung hinweist.
- Systemtheoretisch kann politische Identität als autopoietisches System verstanden werden. Eigenkonsistenz und Fremdbegrenzung bilden in dieser Interpretation einen Regelkreis, für den es die Schaltmechanismen zu bestimmen gilt.
- Betrachtet man politische Identität als Ergebnis der Handlungen von Menschen, so ist die Annahme eines Motives politischer Akteure nach Herstellung politischer Identität der politischen Gruppe, deren Mitglied sie sind, ein tragfähiges Analyseinstrument. Vor diesem Hintergrund muss das Konstrukt *Politische Identität* intentionalistisch verstanden werden.
- Das Motiv nach politischer Identität steht in enger Verbindung zum Machtmotiv. Hier ergibt sich neuerlich eine Nähe zu systemischem Denken, sofern Macht als Steuerungsmedium des politischen Subsystems von Gesellschaften definiert wird.
- Das identitätstheoretische Paradigma integriert materialistische, föderalistische, funktionalistische und systemische Gedanken zu einem theoretischen Ansatz, der für die Untersuchung des Verhältnisses von Russland und Europäischer Union einen empirisch-analytischen Zugang ermöglicht.

Die Beziehung zur Europäischen Union aus der Sicht Russlands

- Eigenkonsistenz und Fremdbegrenzung waren und sind die zentralen Bestimmungsgrößen der politischen Identität Russlands (und vormals der UdSSR).
- Eigenkonsistenz wurde in der Sowjetunion herzustellen versucht über die administrierte Erziehung sozialistischer Menschen, legitimiert durch die führende Rolle der KPdSU in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.
- Fremdbegrenzung gegenüber dem kapitalistischen Westen war eine notwendige Bedingung sowjetischer politischer Identität über die revolutionäre positive kulturelle Eigenart hinaus.

- Mit der Auflösung des internationalen politischen Akteurs Sowjetunion stellt sich das Problem politischer Identität für Russland als Rechtsnachfolger neu.
- Rückbesinnung auf Eigenart als führende slawische Kulturnation konfliktiert mit ökonomischen und gesellschaftspolitischen Interessen einer verringerten Abgrenzung gegenüber den Staaten Westeuropas. Kulturelle Eigenart ist nur bei einer Fremdbegrenzung deutlich zu konturieren, eine Reduktion der flexiblen Grenze nach außen bedeutet die Gefahr sinkender Eigenkonsistenz und verminderter politischer Identität.
- Die Perzeption westeuropäischer Identität in Russland ist diffus. Dabei wird die Interessenharmonie und -homogenität der westeuropäischen Völker übertrieben positiv wahrgenommen, Gefühle negativer Fremdartigkeit gegenüber Russland und deren kausaler Charakter für eine westeuropäische Identität werden dagegen ignoriert.
- Bestrebungen Russlands nach Kooperation mit EU-Koordinations- und Entscheidungsinstanzen [als makroökonomische Wachstums- und Entwicklungsstrategie] spalten das Land intrapolitisch über ein Spannungsfeld europäischer und nationaler Identität [*Ausverkauf-Hypothese*]. Konfliktierende slawophile und westliche Denkhaltungen erleben ihre Renaissance, die Staaten Ost-Mittel-Europas werden von Teilen der russischen politischen Klasse unverhohlen als legitimes Einflussgebiet reklamiert.

Die Beziehung zu Russland aus der Sicht der Europäischen Union

- Die politische Identität der Europäischen Union beruht auf Erfahrungen kultureller, politischer und historischer Eigenart sowie einer strikten gruppalen Außenabgrenzung als Feindbildsäule.
- Der Europagedanke lässt sich als Eigenkonsistenz-Komponente einer Theorie Politischer Identität begreifen.
- Der Europagedanke war historisch-diskontinuierlich präsent im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts.
- Die Erfahrung zweier Weltkriege entfaltete die politische Wirkkraft und institutionelle Gestaltung des Europagedankens über die im Laufe der Jahrhunderte ideelle Förderung durch Philosophen und Dichter hinaus. Die Bereitschaft der politischen Eliten Westeuropas zum engeren Zusammenschluss von Staaten ermöglichte die Ausbildung einer europäischen Identität auf der supranationalen Aggregatebene.
- Die westeuropäische Integration erfolgte als Kooperation von Regierungen. Die Dominanz der Exekutive im Annäherungsprozess der Nationalstaaten bedeutet ein Element potenzieller Instabilität für den Fall, dass Europaorientierung und Regional- oder Partialinteressen der nationalen Subeinheiten in Konflikt geraten.
- Die Diffusion exekutiv-politischer Vorgaben in das Europabewusstsein der westeuropäischen Bevölkerungen wurde zu steuern versucht über Begegnungserfahrungen zwischen den Menschen der EU-Nationen sowie teilweise demokratische Wahlpartizipation.
- Die europäische Integration besaß stark instrumentellen Charakter zum Aufbau einer europäischen Machtposition im Schatten der USA in scharfer Abgrenzung zu den europäischen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertragssystems, deren Kontur auch durch völkerrechtliche Abkommen und multilaterale Sicherheitszusammenarbeit im KSZE-Prozess kaum aufgeweicht wurde.
- Die schlüssige, permanente, konsistente Outgroup-Operationalisierung des kommunistischen Russland bedeutete eine notwendige Bedingung für die Kaschierung nationaler Spannungslinien zwischen den EG-Mitgliedstaaten und die Ausbildung von Anzeichen europäischer Identität unter der Bevölkerung EG-Europas.
- Vier Feindbildstadien lassen sich idealtypisch für das Feindbild Russland in seinen jeweiligen Ausprägungen zwischen Mitte der 50er und Mitte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts ableiten und systematisieren.
- Determiniert durch den Kalten Krieg vom Ende des II. Weltkrieges bis in die frühen 1970er Jahre erfolgte die Operationalisierung Russlands als Feindbild kategorisch.
- Die Entspannungspolitik der 1970er und 1980er Jahre mit ihrer Vielzahl bi- und multilateraler Abkommen zwischen den Staaten West- und Osteuropas [mit einer signifikanten transatlantischen Komponente] führte nicht zu einem Verschwinden des Feindbildes Russland.
- Russland behielt für Westeuropa [und die USA] instrumentellen Wert zwecks effizienter Außengruppenabgrenzung, oszillierte als Feindbild allerdings nunmehr zwischen den beiden Polen *schwache Feindbildoperationalisierung* und *starke Feindbildoperationalisierung* eines Feindbildkontinuums.

- Die Überwindung des Ost-West-Konfliktes mündet in einen potenziellen Identitätsverlust Westeuropas durch Feindbildverlust.
- Mit dem Wegfall der Bedrohung durch das Warschauer Vertragssystem als externe übergeordnete identitätsstiftende Feindbildkomponente werden nationale Identitäten wieder verstärkt und in Abgrenzung zur europäischen Identität perzipiert.
- Gefühle europäischer Eigenart sind nicht stark genug ausgeprägt, um ohne Feindbildskelett identitätsstiftend wirken zu können.
- Der Vertrag von Maastricht als Relikt westeuropäischer Integrationsbemühungen der späten 1980er Jahre verschärft das Dilemma, indem sich das demokratisch-partizipative Element, von dem einigende Wirkung angenommen werden darf, vernachlässigt findet und Kriterien für eine konstruktive, integrative Zusammenarbeit mit den Staaten Ost-Mittel-Europas unoperationalisiert bleiben.
- Die neuerliche Etablierung Russlands als übergeordnetes Feindbild mit west-ost-übergreifender identitätsstiftender Wirkung bietet den Möglichkeitsspielraum für ein Europapolygon Lissabon-Ostende-London-Tallinn-Ankara.
- Die Revitalisierung des Europagedankens [besonders deutlich in den baltischen Ländern] mit der Akzentuierung kulturgeschichtlicher Gemeinsamkeiten erscheint den osteuropäischen Völkern erfolgversprechend für den Abbau diskriminierender Stereotype zur schnellen Schaffung eines Klimas der Aufnahmebereitschaft in EU-Strukturen seitens der Westeuropäer oder zumindest von Sicherheitsgarantien durch westliche militärische Systeme.
- Aus der Sicht Westeuropas ist ein supermächtiges Russland eine notwendige Bedingung für ein Fortwirken Russlands als operationables Feindbild.

Bibliographie

- DEUTSCH, K. W.: Nationenbildung, Nationalstaat und Integration, Düsseldorf 1972
- FREI, D.: Internationale Zusammenarbeit, Königstein/Taunus 1982
- (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen, 2. Aufl., München 1977
- RULOFF, D.: Handbuch der weltpolitischen Analyse, Diessenhofen 1984
- FRYE, A./WEIDENFELD, W. (Hrsg.): Europe and America. Between Drift and New Order, New York, Gütersloh 1993
- GRATSCHOW, A.: Post-Communist Russia, the CIS, and the West. Some conceptual reflections in: FORSCHUNGSBERICHT DER STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK, Ebenhausen 1993
- GROH, D.: Russland im Blick Europas. 300 Jahre historische Perspektiven, Frankfurt/Main 1988
- HUNTINGTON, S.: The Clash of Civilizations in: FOREIGN AFFAIRS, Vol. 72, 3/1993
- HURWITZ, L.: Contemporary Perspectives on EC Integration. Attitudes, Nongovernmental Behavior and Collective Decision Making in: HURWITZ, L.: Contemporary Perspectives on European Integration, London 1980, S. 3-23
- IGNATOW, A.: Der „Eurasismus“ und die Suche nach einer neuen Kulturidentität in: BERICHT DES BUNDESINSTITUTS FÜR INTERNATIONALE UND OSTWISSENSCHAFTLICHE STUDIEN 15/1992, Köln
- KELLER, M. (Hrsg.): Russen und Russland aus deutscher Sicht, München 1992
- KEOHANE, R. O./NYE, J. S.: Power and Interdependence, Boston 1977
- LIEDTKE, K.: Das neue Russland, Hamburg 1992
- LILLY, W.: Grundlagen der Stereotypisierung, Göttingen 1982
- LINK, G.: Ungleiche Partner im europäischen Haus. Europäische Gemeinschaft und Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Bonn 1990
- LUHMANN, N.: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/Main 1984
- MEISSNER, B.: Russland im Widerstreit zwischen Westlern, Slawophilen und Eurasiern in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG v. 19.5.1993
- MITRANY, D.: The Functional Theory of Politics, London 1975
- NOLDEN, H. W.: Russland. Versuch einer Zwischenbilanz, Köln 1992
- Parteien in Russland, Köln 1991

- OSOBNKOW, O.: Prioritety gosudarstwa rossiskowo na meschdunarodnoi arene in: ROSSISKAJA GASETA v. 29.4.1993, Moskau
- PARSONS, T.: Das System moderner Gesellschaften, Weinheim, München 1985
- Gesellschaften, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1986
- PUCHALA, D. J.: Integration Theory and the Study of International Relations in: MERRIT, R. L./RUSSETT, B. M. (Hrsg.): From National Development to Global Community, Boston 1981, S. 145-164
- SIMON, G.: Vom Sowjetsystem zur nationalstaatlichen Ordnung in: EUROPA-ARCHIV 10/1993, S. 299-307
- TAJFEL, H.: Differentiation between social groups, London 1978
- Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen, Bern 1982
- TURNER, J. C.: An integrative theory of intergroup conflict in: AUSTIN, W. G./WORCHEL, S. (Hrsg.): The social psychology of intergroup relations, Monterey 1979
- TAYLOR, P./GROOM, A. J. R. (Hrsg.): International Organisation, London 1978
- TIMMERMANN, H.: Die Außenpolitik Russlands. Ausdruck der Suche nach einer neuen Identität in: BE-RICHTE DES BUNDESINSTITUTS FÜR INTERNATIONALE UND OSTWISSENSCHAFTLICHE STUDIEN 39/1993, Köln
- TSCHERNOW, V.: Nazionalnye interesy Rossii i ugrosy dlja ejo besopasnosti in: NESAWISIMAJA GASETA v. 29.4.1993
- WEBB, C.: Theories of International Cooperation and Integration in: BARBER, J. ET AL. (Hrsg.): Politics between States. Conflict and Cooperation, Milton Keynes 1975
- WEIDENFELD, W. (Hrsg.): Die Identität Europas, München 1985
- WILLKE, H.: Systemtheorie, 4. Aufl., Stuttgart, Jena 1993
- ZARGES, A. N.: Europäische Gemeinschaft und Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Plädoyer für eine Zusammenarbeit, Bonn 1988